



# Berlin-Brief

von Josip Juratovic  
Mitglied des Deutschen Bundestages

*15. Dezember 2006*

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,**

Ein Jahr in der großen Koalition ist vorüber. Mit dem Abschluss Föderalismusreform, mit der Diskussion und dem Beschluss von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, mit den Beschlüssen in vielen Feldern der Sozialpolitik und mit der Haushaltssanierung hat die große Koalition in Jahr 2006 hart gearbeitet. Der Dreiklang „Sanieren - Investieren – Reformieren“ wird umgesetzt und zeigt erste gute Resultate. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt..

Wir haben in unserer Partei die zum Teil notwendige innere Auseinandersetzungen geführt. In dieser Diskussion war mir persönlich wichtig, in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung zu handeln und sich nicht vor den Karren einzelner Verbände oder Interessensgruppen spannen zu lassen.

In der Gesundheitsreform sind wir einerseits an Koalitionsabsprachen gebunden, andererseits müssen wir darauf achten, dass Qualität und Leistung der medizinischen Versorgungsstruktur für die Versicherten erhalten bleiben. Verbände und Interessensvertretungen versuchen die Versicherten für sich einzuspannen, um ihre Ziele und Vorstellungen im Gesundheitsbereich durchzusetzen. Aber alles was diese Verbände einbringen, werden die Versicherten bezahlen müssen.

Bei der Rente mit 67 kommt es einerseits wesentlich darauf an, in den kommenden 20 Jahren eine humane altersgerechte Arbeitswelt zu schaffen. Andererseits weiß ich auch was ich unseren Kindern zumute, wenn wir weiter zulassen, dass die Beschäftigungssicherung so gestaltet wird, dass Ältere immer früher in Rente geschickt werden. Wenn wir nicht anfangen uns Gedanken über die Zukunft der Arbeit zu machen, laufen wir Gefahr, dass die Rente, die ohnehin schon nahe der Armutsgrenze liegt, sich dort verfestigt.

Die Programmdiskussion für ein neues Grundsatzprogramm ist angelaufen. Ich hoffe, dass diese Diskussion in die Ortsvereine auch in den Ortsvereinen stattfinden wird. Ich stehe für solche Veranstaltungen als Mitglied der Arbeitsgruppe im Landesvorstand gerne zu Verfügung.

Ich wünsche Euch gesegnete und frohe Festtage und ein kraftvolles und erfolgreiches Neues Jahr.

**Mit freundlichen Grüßen**

A handwritten signature in black ink that reads "Josip Juratovic".

**Josip Juratovic MdB**

## **Deutschland vor der EU-Ratspräsidentschaft**

Am 14. Dezember 2006 wurde eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2006 in Brüssel und zur bevorstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft abgegeben. Im Rahmen der Debatte wurde auch der Antrag der Koalitionsfraktionen „Die Deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union zum Erfolg führen“ (16/3808) beraten und es fand eine Unterrichtung durch die Bundesregierung zum „Präsidentschaftsprogramm 1. Januar bis 30. Juni 2007 – Europa gelingt gemeinsam“ statt.

Gut zwei Wochen vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag die Schwerpunkte für die Ratspräsidentschaft vor. In den Mittelpunkt der Präsidentschaft wird die Bundesregierung die wirtschafts- und sozialpolitische Zukunft Europas stellen. Weitere Schwerpunkte sind Forschung und Bildung, die Energiepolitik sowie der Klimaschutz.

### **Die Sozialdemokraten haben eigene Schwerpunkte formuliert:**

Der Verfassungsprozess muss wieder in Gang kommen. Die Verfassung, hinter der zwei Drittel der Mitgliedstaaten stehen, muss in ihrer politischen Substanz erhalten bleiben, aber so verändert werden, dass sie für alle akzeptabel ist. Mehr Klarheit über die Orientierung, das Verfahren und den Zeitrahmen für die Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses wäre bereits ein großer Erfolg.

Die Lissabon-Strategie bleibt Richtschnur für die Wirtschaftspolitik, die Innovationsförderung und die Schaffung neuer Beschäftigung mit guter Qualität. Ziel bleibt, Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum mit hohem Beschäftigungsgrad zu machen.

2007 ist das „Jahr der Europäischen Chancengleichheit“. Chancengleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verknüpfung von Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt. Dies gilt für Jugendliche mit geringer Qualifikation oder mit Migrationshintergrund ebenso wie für die Gleichstellung von Männern und Frauen oder für die Integration Älterer in den Arbeitsmarkt etc.

Den sozialen Schutz gilt es im Wettbewerb der unterschiedlichen sozialen Sicherungssysteme in Europa zu verbessern und für alle EU-Bürger dort zugänglich zu machen, wo sie sich aufhalten. Die europäische Gesetzgebung muss durch ein Verfahren der Abschätzung ihrer gesellschaftlichen Folgen ergänzt werden.

Die Europäische Union muss sich gegen den internationalen Terrorismus verteidigen können, ohne Freiheit und Sicherheit ihrer Bürger zu beeinträchtigen. Wir brauchen eine zusammenhängende europäische Einwanderungspolitik.

Für die europäische Außenpolitik stellen sich schwierige Aufgaben. Die EU-Missionen im westlichen Balkan und im Kosovo müssen weiter geführt werden, wir brauchen eine neue Nachbarschaftspolitik gegenüber den Staaten östlich der EU und engere Beziehungen zu den zentralasiatischen Ländern.

### **Die Ratspräsidentschaft als Chance nutzen**

Die Ratspräsidentschaft ist eine gute Gelegenheit, unser Land, seine Menschen und ihre Leistungsfähigkeit zu zeigen, aber auch eine schöne Gelegenheit, den eigenen Bürgern Europa näher zu bringen. Die Ratspräsidentschaft ist nicht nur eine Chance für Deutschland, Europa weiter zu bringen, sondern sie kann Europa hier fühlbarer und sichtbarer machen. Wenn beides gelingt, wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 eine gute Ratspräsidentschaft sein.

## **Initiative 50plus und Rente mit 67**

Die Lebenserwartung steigt, die Bundesbürger bleiben länger gesund, sie könnten mehr Jahre arbeiten und trotzdem noch einen längeren Ruhestand genießen als ihre Eltern und Großeltern. Zudem braucht die Arbeitswelt von morgen alle Generationen mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Erfahrungen. Vor diesem Hintergrund hat die Regierungskoalition zwei Gesetzesinitiativen in 1. Lesung eingebracht. Mit dem „Gesetzentwurf zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen“ (Drs. 16/3793; Initiative 50plus) wird der Entwurf eines „RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ (Drs. 16/3794; Rente mit 67) flankiert.

Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre darf nicht ausschließlich als Instrument

zur nachhaltigen Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung angesehen werden. Damit soll auch ein verbindliches Signal gegeben werden, dass sowohl eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren in Gesellschaft und Wirtschaft notwendig ist, als auch konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen.

### **Maßnahmen der Initiative 50 Plus**

**Kombilohnelemente:** Ältere werden bei der Aufnahme einer geringer bezahlten Tätigkeit durch einen Ausgleich beim Nettolohn unterstützt. Die Differenz zwischen dem früheren und dem geringeren neuen Nettogehalt wird im ersten Jahr zu 50 und im zweiten Jahr zu 30 Prozent ausgeglichen. Diesen Anspruch erhalten Arbeitslose ab dem 50. Lebensjahr, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I von mindestens 120 Tagen haben. Zusätzlich werden die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung aus der neuen Beschäftigung zu 90 Prozent der früheren Beiträge bezuschusst. Unternehmen, die Ältere einstellen, können zum Lohn einen neu gestalteten Eingliederungszuschuss erhalten. Voraussetzung ist eine Beschäftigungsdauer von mindestens einem Jahr.

Die Befristungsregelung für Ältere ab dem 52. Lebensjahr wird erleichtert: Die Höchstbefristungsdauer bei demselben Arbeitgeber beträgt dann fünf Jahre.

**Förderung der beruflichen Weiterbildung:** Beschäftigte in Betrieben mit bis zu 250 Mitarbeitern (bisher 100) erhalten künftig bereits ab dem 45. Lebensjahr (bisher ab 50) Bildungsgutscheine für zertifizierte Weiterbildungen.

### **Rente mit 67**

Ab 2012 wird das Renteneintrittsalter schrittweise um einen Monat, ab 2024 um zwei Monate pro Jahr erhöht, so dass ab 2029 das gesetzliche Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegt. Für die Geburtsjahrgänge ab 1964 gilt die Regelaltersgrenze 67 Jahre. Versicherte, die mindestens 45 Pflichtbeitragsjahre aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege erreicht haben, können weiter mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Um kindererziehende Elternteile nicht zu benachteiligen, werden hierbei auch Kinderberücksichtigungszeiten bis zum 10. Lebensjahr des Kindes angerechnet.

### **Wichtige Ausnahmen**

Vereinbarungen zu Altersteilzeitarbeit genießen besonderen Vertrauensschutz. Die bisherigen Altersgrenzen für den Renteneintritt gelten weiter. Stichtag hierfür ist der 1. Januar 2007. Von der Anhebung auf 67 Jahren ausgenommen werden somit vor 1955 geborene Personen, die vor 2007 verbindlich Altersteilzeitarbeit vereinbart haben. 63-jährige und ältere Erwerbsgeminderte mit 35 Beitragsjahren können bis Ende 2023 weiterhin abschlagsfrei eine Erwerbsminderungsrente beziehen. Ab 2024 werden hierfür 40 Beitragsjahre erforderlich sein.

### **Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung**

Die Bundesregierung hat am 12. Mai 2004 den „Aktionsplan zur zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ beschlossen. Am 15. Dezember 2006 wurde im Bundestag hierzu der erste Zwischenbericht (Drs. 16/1809) diskutiert.

#### **Zivile Krisenprävention als nationale Querschnittsaufgabe**

Die Deutsche Außenpolitik fußt auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik miteinander verknüpft. Dabei sollen insbesondere die Instrumente zur Krisenprävention und -reaktion ausgebaut werden. Diese vorrangige Querschnittsaufgabe erfordert die Zusammenführung vorhandener finanzieller und personeller Ressourcen. Es geht neben den militärischen Fähigkeiten nicht zuletzt um genügend ziviles Personal für den Aufbau tragfähiger rechtsstaatlich-demokratischer Institutionen, zum Beispiel Polizei, Richter und Staatsanwälte. Der Ressortkreis zivile Prävention soll gestärkt und Frühwarnmechanismen sollen verbessert werden. Nationale und EU-Mechanismen sind noch besser zu verzahnen.

#### **Schwerpunkt internationale Zusammenarbeit**

Mit der Vorlage des ersten Berichts der Bundesregierung an den Bundestag zur Krisenprävention tritt die Umsetzung des Aktionsplans in eine zweite Phase. Von der vorrangig nationalen Ausrichtung des ersten zweijährigen Umsetzungszeitraums, der vor allem der Schaffung neuer Strukturen und der Stärkung

zusammenhängender ressortübergreifender Arbeit gewidmet war, soll in den kommenden Jahren der Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene gelegt werden.

## **Deutsche Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union AMIS**

Der Bundestag hat am 15. Dezember 2006 den Antrag der Bundesregierung angenommen, die Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union in Darfur im Westen des Sudans durch deutsche Soldaten zu verlängern (Drs. 16/3652, 16/3845).

Der Mission in Darfur soll weiterhin logistische Unterstützung mit Lufttransport angeboten werden. Die Bundeswehr unterstützt den notwendigen Kontingentwechsel der Afrikanischen Union, da diese den Transport selber nicht leisten kann.

Die Bundeswehr ist seit dem 3. Dezember 2004 an der AMIS-Mission beteiligt, die Verlängerung soll für weitere sechs Monate bis zum 2. Juni 2007 gelten. Die UNMIS-Mission der Vereinten Nationen (VN) in der Darfur-Region soll eigentlich die Verantwortung für die Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens vom 5. Mai 2006 von AMIS spätestens am 31. Dezember 2006 übernehmen. Das hat der Sicherheitsrat der VN mit Resolution 1706 vom 31. August 2006 beschlossen. Die sudanesishe Regierung ist der Aufforderung, dieser Überleitung zuzustimmen, bislang jedoch noch nicht nachgekommen. Absehbar ist, dass in jedem Fall zunächst eine Verlängerung des AMIS-Mandats durch die Afrikanische Union über das derzeit gültige Mandatsende 31. Dezember 2006 hinaus erfolgt.

Das Parlament soll erneut mit der Mission befasst werden, wenn vor Ablauf dieser nun beschlossenen Dauer von sechs Monaten eine inhaltliche Änderung der völkerrechtlichen Grundlage erfolgen sollte. Dies hat die Bundesregierung zugesichert.

## **Sparkasse bleibt Sparkasse**

Mit dem Antrag „Bezeichnungsschutz für Sparkassen gesichert“ (Drs. 16/3805) begrüßen

die Koalitionsfraktionen das Ergebnis der Verhandlungen mit der EU-Kommission über den Namensschutz für Sparkassen im Falle einer Privatisierung. Die EU-Kommission hatte in der Schutzvorschrift für die Bezeichnung „Sparkasse“ im Kreditwesengesetz einen Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit und die Kapitalverkehrsfreiheit gesehen.

Mit der Einigung wurde das Vertragsverletzungsverfahren zu § 40 Kreditwesengesetz eingestellt und die von der Kommission geäußerten spezifischen Bedenken im Beihilfefall Bankgesellschaft Berlin AG zu einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verkauf bis Ende 2007 ausgeräumt. Die Berliner Sparkasse kann verkauft werden und auch für den Fall, dass sie private Eigentümer findet, weiterhin den Namen Sparkasse führen. Das höherrangige Gemeinschaftsrecht erfordert keine Sparkassenprivatisierung, steht einer solchen aber auch nicht entgegen. Es steht im ausschließlichen Ermessen der Mitgliedstaaten, Sparkassen zu privatisieren. Sie können ihnen für diesen Fall die Fortführung bestimmter Gemeinwohlverpflichtungen auferlegen.

### **▪ Drei-Säulen-Kreditwirtschaft gesichert**

Bundesregierung und Kommission haben sich auf Grundsätze zum Bezeichnungsschutz „Sparkasse“ verständigt, sodass das Kreditwesengesetz nicht geändert werden muss. Damit sind die bewährten Strukturen der Drei-Säulen-Kreditwirtschaft mit dem kommunalen Sparkassenwesen, den Privatbanken und den genossenschaftlich organisierten Banken gesichert.

Weitere Themen im Plenum:

- Einsetzung der Föderalismusreform II**
- Einheitlicher Rechtsrahmen für audiovisuelle Dienste**
- Änderung des Gesetzes über Wohneigentum**
- Pfändungsschutz bei der Altersvorsorge**
- Bericht des Wehrbeauftragten – Jahresbericht 2005**
- Besserer Schutz vor Fluglärm**
- Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) fortentwickeln**
- Doha-Welthandelsrunde wieder beleben**
- Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit durch EU-Osterweiterung**

